

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846 1847

53 (3.7.1847)

Die Rundschau.

N^o 53.

Karlsruhe, Samstag den 3. Juli 1847.

Herausgegeben von Karl Mathy. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Man bestellt bei dem nächstgelegenen Postamt, in Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg auch bei den unten genannten Buchhandlungen, welche auch Inserate annehmen. Einrückungen werden mit 3 fr. für den Raum der dreispaltigen Petitzeile berechnet.

Carlsruhe, bei Malsch & Vogel. Heidelberg, bei Fr. Sabel. Mannheim, bei H. Hoff.

Schluss des preussischen Landtags.

Am 24. Juni wurden dem König die Verfassungspetitionen des Vereinigten Landtags überreicht. Bei weitem die meisten sind abschlägig beschieden, namentlich besteht der König auf der Wahl von Ausschüssen, denen der Strafgesetzentwurf vorgelegt werden soll. Der königliche Bescheid lautet in Betreff der Bitten um periodische Berufung des Landtags und Wegfall der Ausschüsse und der Deputation für das Schuldenwesen also: Was die in der Petition vom 23. d. M. beantragten Abänderungen Unseres Patents und der Verordnungen vom 8. Febr. dieses Jahres betrifft, so ist unseren getreuen Ständen aus der Anrede, mit welcher Wir sie bei Eröffnung des Landtages begrüßt haben, so wie aus Unserer Erwiderung auf ihre Adresse Unser Entschluß bekannt, an die weitere Ausbildung des von Uns selbst für bildungsfähig erklärten neuen Verfassungswerkes nicht anders als auf der Grundlage reiflicher Erfahrung zu gehen. Getreu diesem Entschlusse, aber auch eingedenk Unserer Erklärung, daß Wir den vereinigten Landtag gern öfter um Uns versammeln wollen, werden Wir die auf die periodische Einberufung desselben und auf Beschränkung des Wirkungskreises des vereinigten ständischen Ausschusses gerichteten Anträge Unserer getreuen Stände in sorgfame Erwägung ziehen und behalten Uns Unsere Entschliessung darüber so lange vor, bis die Verordnungen vom 3. Febr. d. J. ihrem wesentlichen Inhalte nach zur Ausführung gekommen sein werden. Wenn Unsere getreuen Stände am Schlusse der Petitionen vom 23. d. M. an Uns die Bitte richten, bis zur Entscheidung über die vorerwähnten Anträge auf Abänderung der Verordnungen vom 3. Febr. d. J. die Wahlen der ständischen Ausschüsse und der ständischen Deputation für das Staatsschuldenwesen aussetzen zu lassen, so beehrt sich diese Bitte, so weit sich dieselbe auf die ständische Deputation für das Staatsschuldenwesen bezieht, dadurch, daß ein Antrag Unserer getreuen Stände auf Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Bildung und den Wirkungskreis der gedachten Deputation nicht an Uns gelangt ist. Was aber die von Unseren getreuen Ständen gewünschte Aussetzung der Wahl der ständischen Ausschüsse betrifft, so können Wir dieser Bitte schon deshalb nicht stattgeben, weil Wir beabsichtigen, den Entwurf des neuen Strafgesetzbuches, dessen endliche Feststellung und Publikation der Beschleunigung bedarf, mit Rücksicht auf die wesentliche Verschiedenheit der darüber eingegangenen provinzialständischen Erklärungen dem vereinigten ständischen Ausschusse zur Begutachtung vorzulegen und denselben zu diesem Zwecke möglichst bald zusammen zu berufen. Wir fordern daher Unsere getreuen Stände hierdurch auf, die Wahlen der ständischen Ausschüsse und der ständischen Deputation für das Staatsschuldenwesen nunmehr zu vollziehen,

wozu die Provinziallandtagsmarschälle unverzüglich die nöthigen Anordnungen zu treffen haben.“ Eine zweite Bittschrift gibt Erläuterungen über die Mitwirkung der Stände bei den Anträgen, und in einer dritten ordnet der König den Schluss des Landtags auf den 26. an. —

Ueber die Wahl der Ausschüsse berichtet die Bremer Zeitung vom 25.: „Heute Vormittag um 10 Uhr versammelten sich die Stände; jeder Provinz wurde ein besonderes Zimmer angewiesen, der heftige Streit setzte sich in mehreren Provinzen fort, Brandenburg, Pommern, Sachsen und Westphalen wählten jedoch in Majorität ohne Vorbehalt. Die Preußen, Posener und Schlesier einigten sich über die Wahl unter Verwahrung; dies that auch ein Theil der Rheinländer, ein anderer Theil aber weigerte sich, an der Wahl Theil zu nehmen und legte Protest ein. Im Ganzen haben jedoch von sämtlichen Abgeordneten der Versammlung nur 56 die Wahl entschieden abgelehnt, nämlich 29 Rheinländer (darunter Hansemann, Mewissen, v. d. Heydt), 9 Westphalen (darunter v. Vinde und Dolfs-Bodum), aus Sachsen 10, aus Schlesien 6, aus der Mark Brandenburg 1 (Oberbürgermeister Grabow) und aus Pommern 1 (v. Hagenau). Die Preußen wurden von Herrn v. Auerswald zur Wahl bewegt; 49 unterzeichneten die von ihm verfasste Erklärung. Auch die Abgeordneten aus Posen folgten diesem Beispiele und wählten unter scharfer Verwahrung, die der Oberbürgermeister Raumann entwarf.

Die Rede, womit der Minister des Innern die Versammlung am 26. schloß, lautet vollständig:

„Durchlauchtigste Prinzen, durchlauchtige Fürsten, erlauchte Grafen, edle Herren, hochgeehrte Abgeordnete der Ritterschaft, Städte und Landgemeinden! Es ist die Stunde gekommen, in welcher auf Befehl Sr. Maj. des Königs, unsers allergnädigsten Herrn, die erste Versammlung des vereinigten Landtages geschlossen werden soll. Sie ist dadurch getrübt, daß eine kleine Anzahl seiner Mitglieder ihre Theilnahme bei dem letzten Akt ihrer Wirksamkeit versagt und sich dadurch einer Pflicht entzogen hat, deren Erfüllung mit der Ausübung ihrer ständischen Rechte im wesentlichen Zusammenhange steht. Die Regierung wick das Ansehen der Gesetze zu schützen wissen. Blicken wir im Uebrigen zurück auf den erschwerten Zeitraum des ständischen Wirkens dieser hohen Versammlung, so werden Gefühle der mannigfachen Art in unserer Brust sich regen. Wer vermöchte sie zu übersehen, wer ihnen Ausdruck und Worte zu geben? Ein Gefühl aber dürfte Allen nicht fremd sein, das Gefühl, daß die Ergebnisse des vereinigten Landtages weniger fruchtbringend für das Land gewesen sind, als sie es hätten sein können. Doch vertrauen wir der allwaltenden göttlichen Vorsehung, welche unserm theuern Vaterland

in entscheidenden Augenblicken stets schützend zur Seite stand, daß der Samen des Guten und Edlen, welcher hier ausgestreut ist, auf einen empfänglichen und fruchtbaren Boden gefallen sei, auf daß er zu einem Baume mit edlen Früchten heranwachsen, unter dessen Schatten kein Unkraut wuchert. Aber auch ein Gefühl der Freude und des Stolzes durchbebt gewiß aller Brust: das Gefühl, ja das Bewußtsein, daß alle hier versammelten Stände und Provinzen auf das innigste verbunden sind, durch glühende Liebe für das Vaterland, für den uns von Gott gegebenen edlen König und sein erhabenes Haus. Denn Alle haben sich dazu laut und freudig bekant. Wie verschieden auch die Wege sein, wie labyrinthisch sie sich durchkreuzen mögen, die hier empfohlen, die hier eingeschlagen sind, vertrauen wir, daß Alle, die mit jener Gesinnung auf ihnen wandeln, Einem Ziele zugeführt werden: zur Kräftigung der Ehre und Unabhängigkeit, der materiellen und geistigen Blüthe des Vaterlandes, zum Ruhme des preussischen Volkes unter einer durch die Stände gehobenen und gestärkten, unangestasteten Krone auf den Häuptern seiner Könige aus dem edlen Hause der Hohenzollern! Mit dem Ausdrucke dieser Hoffnung, der Sie auf dem Weg in die Heimath geleiten möge, auf daß sie auch dort fortwirken und streben nach jenem erhabenem Ziel, erkläre ich — auf Befehl Sr. Maj. des Königs — den ersten vereinigten Landtag hiermit für geschlossen.“

Der Marschall der vereinigten Curien, Fürst von Solms-Lich, erwiderte diese Rede mit den Worten: „Es lebe Seine Majestät der König!“ worauf die ganze Versammlung mit einem dreifachen lauten Hoch! einfiel. Der königl. Commissär verließ sodann, von derselben Deputation geleitet, welche ihn empfangen hatte, den Saal.

Die Karlsruher Zeitung wirft uns vor, wir hätten eine Veranlassung zur Auflösung des Mannheimer Turnvereins eronnen; sie solle nämlich durch einen neuerlichen Bundesbeschlus angelegt sein. Das ist nicht richtig. Wir haben auf verschiedene Zeitungsartikel hingewiesen, wonach die Bundesversammlung sich mit dem Turnverein beschäftigt habe; daß der Zweck nicht war, ihr Gedeihen zu fördern, dürfen wir wohl zwischen den Zeilen lesen und in Parenthese einschalten. Wir bemerkten weiter, daß diese Angabe nirgends widersprochen, wohl aber durch die Auflösung von Turnvereinen in Hessen, Baden und Württemberg bestätigt worden sei. Der Vorwurf, den uns die K. Z. macht, wir hätten einen Bundesbeschlus eronnen, ist also unbegründet, und sie hat ihre Leser bezüglich auf unsere Mittheilung mit Unwahrheit berichtet. Sie behauptet doch, wenn sie kann, daß man sich in Frankfurt nicht mit den Turnvereinen beschäftigt habe! — Die Karlsruh. Zeitung sagt ferner, wir hätten für die Nichtübereinstimmung der Zeugenaussagen mit den Erklärungen der Vorstandsglieder den Grund erfunden, als hätten die Zeugen zum Voraus Auftrag gehabt, der Polizei zu berichten. Abermals unrichtig. Wir haben gesagt, jene Nichtübereinstimmung erkläre sich natürlich, „wenn richtig ist, was man vernimmt,“ daß die Zeugen solche Berichterstatter waren. Vernommen hatten wir dies, und zwar von Solchen, die es wissen konnten. Die Karlsruh. Ztg. nenne doch die Zeugen, wenn sie will, um ihre Leser zu überzeugen, daß wir irrig berichtet waren! — Der Hinweis auf den Bundesbe-

schlus von 1832 bedurfte es uns gegenüber nicht, da wir selbst darauf hingewiesen hatten, als auf den nämlichen Beschlus, dessen sich die dänische Regierung gegen die wackeren Bewohner der deutschen Herzogthümer bediente, gerade wie dieselbe die angeblich „bundesgesetzliche“ Censur benutzte, um den Bundesbeschlus wegen Schleswig-Holstein streichen zu lassen. — Was die Ansichten des Artikels in der K. Z. betrifft, womit sie die Auflösung des Turnvereins zu rechtfertigen sucht, so wollen wir darüber nicht weiter mit ihr streiten; wir lassen ihr gern ihre Meinung von der Vortrefflichkeit dieser Maßregel, glauben aber, sie hätte dieselbe geltend machen können, ohne uns fälschlich zu beschuldigen, nicht erlaubte Waffen gebraucht zu haben. Diesen Vorwurf geben wir ihr zurück.

Die Seeblätter, welche, wie wir mit Vergnügen gelesen haben, vom 1. Juli an sechs mal wöchentlich erscheinen, berichten aus Konstanz, daß die Denkschrift über die Kinzigtal-Konstanzer Eisenbahn vielen Anklang finde, und daß sich Vereine bilden, um den großen Gedanken, der in jener Schrift angeregt wurde, zu verwirklichen. In der Baar, sagen sie, herrsche überall Mühseligkeit und Leben. In Hüfingen stehen Bürgermeister Hug und Handelsmann Curta an der Spitze eines Vereins und fordern zur Unterzeichnung monatlicher Beiträge auf, welche einzuweisen in der Sparkasse niedergelegt werden sollen. In Konstanz sei die Theilnahme unter den gewerbetreibenden Bürgern größer als unter der „vornehmen Welt“ (?). Mit Recht dürfe man aber erwarten, daß das dortige Eisenbahncomité mit einer allgemeinen Versammlung zur Besprechung dieser Angelegenheit nicht länger zaudere, und daß der Handelstand mehr Theilnahme als bisher beweise, damit ihm nicht mit Recht der Vorwurf der Schläfrigkeit gemacht werden könne.

Verschiedenes.

— Die königliche Ackerbaugesellschaft in Irland hat in einer Sitzung am 10. Juni erklärt, daß die Wiederkehr der Kartoffelkrankheit in diesem Jahre nicht zu befürchten stehe; von mehreren Hundert Berichten hatten nur zwei behauptet, daß das Uebel wieder erschienen sei.

— In Antwerpen verursachte eine auf den 13. angekündigte Erhöhung der Brodtare bedenkliche Zusammenrottungen; Bäckerläden und Gendarmen wurden mit Steinen geworfen, zwei Personen verhaftet und die Brodpreise nicht erhöht.

— In Livorno sind am 8. und 9. Juni 90 Schiffe mit 450,000 Säcken Getreide aus dem schwarzen Meere und Aegypten eingelaufen; nie hatte man dort an einem Tage so viele Schiffe ankommen sehen.

— Die Papiere über das Einschreiten Englands in Portugal, welche dem Parlament vorgelegt wurden und die stattgefundenen Verhandlung im Unterhaus zeigen, daß die englische Regierung nicht einschreiten wollte und sich endlich nur deshalb dazu verstand, damit nicht Frankreich und Spanien allein in's Mittel träten und der Königin zur Unterdrückung des Volkes behülflich wären. Der Sturz der

Königin würde den englischen Inhabern portugiesischer Staatspapiere sehr nachtheilig gewesen sein.

— Der Kirchenvorstand und der Gemeinderath der Stadt Dürkheim haben den König gebeten, die eben erledigte Pfarrstelle mit keinem Pietisten, sondern mit einem Geistlichen zu besetzen, welcher den Grundsätzen der vereinigten Kirche, der Glaubens- und Gewissensfreiheit, der freien Entwicklung des vernunftgemäßen, echt evangelischen Christenthums offen und redlich zugethan sei.

— In Petersburg stiegen die Brodpreise von Mitte Mai bis Anfang Juni. Die Regierung gab hierauf den Mehlhändlern und Bäckern Mehl aus den Vorräthen der Stadt zu billigem Preis, wodurch die Armen wohlfeileres Brod erhalten. Die Großhändler, welche Früchte ausführen, müssen den zehnten Theil zurücklegen und an Ort und Stelle billig verkaufen.

— Georg's Gehülfe gegen den unglücklichen Weidig, Kerkermeister Breuninger, zum Kanzleidiener bei dem Hofgericht in Gießen befördert, ist wegen Unterschlagung von Stempel- und Postgeldern vor kurzem vom Dienst gekommen.

— Der Verein gegen Thierquälerei in Berlin läßt Pferde schlachten und das frische Fleisch billig verkaufen. Der Begehr ist so groß, daß er nicht befriedigt werden kann. — In Hannover sind seit dem 17. April 42 Pferde geschlachtet und verzehrt worden.

— In Wien ist am 12. das Urtheil über die Soldaten gefällt worden, welche in die polnische Verschwörung verwickelt waren. Der Hofkriegsrath hat Einige zu 10 bis 18jähriger Festungsstrafe verurtheilt; die Todesstrafe durch den Strang ist vom Kaiser nachgelassen worden; manche Angeklagte sind freigesprochen oder von der Instanz entbunden worden.

— Der Polenprozeß in Berlin soll am 1. Juli beginnen; eine sehr umfangreiche Anklageschrift ist fertig und an die Betheiligten abgegeben. Die vier Handwerker, welche seit Dezember in Haft sitzen, sind von der Anklage, Stifter oder Theilnehmer einer verbotenen Verbindung gewesen zu sein, freigesprochen worden. Zwei von ihnen sind wegen wissentlicher Verbreitung verbotener Bücher zu geringen Geldstrafen verurtheilt.

— Die Regierungen der Rheinuferstaaten haben den Antrag des französischen Bevollmächtigten, Hrn. Engelhard, — Getreide, Mehl, Mühlenfabrikate und Hülsenfrüchte von den Rheinzöllen zu befreien (doch nur bis 1. September) angenommen.

— Die Zahl der Studirenden in Heidelberg beträgt nach dem Adressbuch 870, also nicht, wie früher irrig angegeben wurde, gegen 100 weniger als im Winter, sondern nur 21. Gerade 21 in Geschäften stehende Apotheker- und Wundarzneygehülfsen und 38 Personen reiferen Alters sind außerdem zu den Vorlesungen zugelassen; im Ganzen also 929 Personen. Unter den 870 Studirenden sind 657 Ausländer und 213 Inländer.

— Bei einer Versammlung des Vereins zum Schutze deutscher Einwanderer in Texas zu Bieberich am 17. Juni wurde beschlossen: das Unternehmen mit allen zur Erreichung des wohlwollenden und nützlichen Zwecks erforderlichen Mitteln kräftig durchzuführen.

— Der Literat Berends in Berlin, vor kurzem wegen

communisticcher Umtriebe verhaftet, aber bald wieder freigelassen, als mißliebige Person aus dem Handwerkerverein verdrängt, ist am 14. Juni zum Stadtverordneten gewählt und als solcher bestätigt worden. Auch der rühmlich bekannte feisinnige Schriftsteller Dr. Nauwerk soll zum Stadtverordneten ernannt sein.

— Der Senat von Frankfurt hat der Bürgerrepräsentation vorgeschlagen, die auf den Dorfschaften noch bestehenden Frohnden unentgeltlich aufzuheben.

— Die französische Deputirtenkammer hat den Antrag des Deputirten Demesmay auf Herabsetzung der Salzsteuer mit 264 gegen 14 Stimmen angenommen.

— In Hamburg fanden am 14. und 15. Juni Marktunruhen statt, wobei das Haus eines Auktäufers geplündert wurde. Das Militär schritt ein und es wurden einige Menschen verwundet. Aehnliche Vorfälle ereigneten sich in Altona.

— Das Dampfschiff Washington hat seine erste Fahrt zwischen Neuyork und Bremen glücklich zurückgelegt. Es fuhr am 1. Juni mit 127 Passagieren von Neuyork ab, legte am 13. in Southampton an und lief am 15. in Bremen ein, wo es mit unbeschreiblichem Jubel empfangen wurde.

— Die bayerische Regierung hat die Redemptoristen (so heißen dort die Jesuiten) auf eine Bestimmung der Verfassung verwiesen, wonach sie zur Abhaltung von Missionen allezeit die spezielle königliche Bewilligung einzuholen haben.

— Zwischen der Moldau und der Walachei ist ein Zollverein abgeschlossen worden. Die gemeinschaftlichen Zollgefälle werden vom 1. Januar 1848 an auf 6 Jahre verpachtet.

— In der Borausicht, daß die deutschen Küstenländer an der Nordsee nebst den Hansestädten früher oder später dem Zollverein beitreten werden, treffen die Engländer Anstalten, die kleine Insel Helgoland zu befestigen, und sie zu einer Niederlage für Waaren zu machen, die nach Deutschland eingeschmuggelt werden sollen.

— Nach einem Schreiben aus Mainz in der Mannheimer Abendzeitung ist Dowitz am 18. Juni nach Neuyork abgereist, um bei der Bildung freikatholischer Gemeinden in den Vereinigten Staaten thätig zu sein.

— In der zweiten Kammer zu Darmstadt hat der Abg. Schmittbener einen Antrag auf Pressfreiheit begründet; bei dem nahen Schluß des Landtags wurde derselbe nicht mehr erledigt.

— Die kurhessischen Stände haben ihre Sitzungen begonnen und die Ausschüsse gewählt, bevor die Wahlprüfungen vollendet waren; sieben Mitglieder der Opposition sind dadurch von den Verhandlungen und den Wahlen ausgeschlossen worden. Anfänglich widersetzte sich die Opposition diesem auffallenden Verfahren und erschien nicht in der Sitzung, so daß keine Beschlüsse gefaßt werden konnten. Da begannen die Zusprachen und Drohungen und die Mehrheit gab nach. Nur zwei Mitglieder, die Abg. Pfeifer und Kaiser, blieben fest.

— Die dänische Regierung hat in Holstein zwei Gesetzentwürfe, welche im vorigen Jahre den Ständen vorgelegt aber von ihnen nicht berathen worden waren, als Gesetze erlassen und damit die Verfassung offen verletzt. In den Städten liegt viel Militär.

— Auf die Instruktionen der Mehrheit der Kantone gegen den Sonderbund und die Jesuiten antworten die Kantone Luzern und Schwyz mit neuer Organisation des Land-

sturm. Daß aber der Landsturm gegen einen gesetzlichen Beschluß der eidgenössischen Tagsatzung die Waffen ergreifen werde, ist sehr unwahrscheinlich.

— General Scott mit seinen Truppen hat sich der Stadt Puebla bemächtigt und steht nur noch 30 Stunden von der Hauptstadt Mexiko. Der Marsch ist aber dadurch aufgehalten, daß die Dienstzeit von 5 Regimentern Freiwilliger abgelaufen ist und neue Truppen abgewartet werden müssen.

— Der Papst hat einen Staatsrath errichtet, welcher aus den Vorständen der Hauptverwaltungszweige besteht, um die wichtigsten Angelegenheiten zu prüfen und zu berathen, bevor sie dem Papst zur Genehmigung vorgelegt werden.

— Die sächsische Regierung hat dem Professor Bieder mann verboten, Vorlesungen über constitutionelles Staatsrecht zu halten; in Preußen ist der Verkauf aller Schriften, welche seit Anfang des Jahres im Verlage der Expedition des Herald von Biedermann erschienen, untersagt. Sachsen hat ferner die Turnfahrten zu einem allgemeinen Turntag nach Leipzig und die Theilnahme der Militärpersonen an den Turnübungen verboten. Die Pressbeschränkungen in Sachsen, über welche bei der letzten Generalversammlung in Leipzig geklagt wurde, werden bei längerer Fortdauer der Buchhändlermesse den Garaus machen. Der Druck eines Aufreufs zu Beiträgen für den Bau einer deutschkatholischen Kirche ist ebenfalls verboten worden. In Sachsen feiert der Rückschritt seine letzten Siege! —

— Der Nürnberger Correspondent berichtet aus Königsberg von dem Auftreten eines Apostels der Mäßigkeit, Baron von Seld, welcher vor einem großen Publikum freie Vorträge hält, die unbeschreiblichen Eindruck machen. Die Zuhörer drängten sich schaarenweise zu ihm, um das Gelübde der Enthaltensamkeit in seine Hände abzulegen.

— Nach einer Anordnung der dänischen Regierung soll in der Gelehrtenschule zu Hadersleben (Schleswig), welche seit 300 Jahren als deutsche Schule bestand, von Ostern 1848 an der Unterricht in dänischer Sprache erteilt werden.

— In Nürnberg waren am 22. Juni gegen angekündigte Unruhen militärische Vorkehrungen getroffen; die Unruhen blieben aus.

— Die Königin von Portugal hat eine Proclamation an das Volk, vom 9. Juni datirt, und eine allgemeine Amnestie, schon am 28. April unterzeichnet, bekannt machen lassen.

— Die Seeblätter melden aus Freiburg, daß dem Hofrath Buß verboten worden sei, die angekündigten öffentlichen Vorlesungen über die Feststellung der römisch-katholischen Kirche, an Sonntagen zu lesen; er habe hierauf den Samstag Abend gewählt, allein in der ersten Vorlesung seien nur fünf Zu-

hörer erschienen. Hieraus habe der Herr Hofrath entnommen, daß die Sache noch nicht genug vorbereitet sei und habe seine Vorträge unterlassen.

— Der 32. Jahrestag der Schlacht bei Waterloo wurde von dem Herzog von Wellington wie herkömmlich mit einem Banket gefeiert, woran 92 Offiziere, welche an der Schlacht Theil genommen hatten, zugegen waren; außerdem war als Feldmarschall Prinz Albert da, welcher am Tage der Schlacht noch nicht geboren war. An demselben Tage wurde dem Stuttgarter Beobachter das ganze Blatt von der Censur gestrichen.

— Nach dem Schwäbischen Merkur ist der württembergische Kanzler v. Wächter nach München gesendet worden, um sich mit der bayerischen Regierung über die Frage zu benehmen, ob die Grundlagen des neuen Gesetzbuchs mit öffentlichem und mündlichem Verfahren nicht von beiden Regierungen gemeinschaftlich bearbeitet werden wollten.

— Herr v. Keden hat der statistischen Gesellschaft zu Berlin berechnet, daß seit der vorigen Ernte für Brod und Kartoffeln gegen die Mittelpreise ein Mehraufwand von 220 Millionen Thalern in Deutschland nöthig geworden ist.

— Das französische Geschwader in den chinesischen Gewässern hat in einem Hafen von Cochinchina einen Kampf zu bestehen gehabt, wobei es fünf cochinchinesische Schiffe zerstörte und gegen 1000 Menschen tödtete. Auch die Engländer zerstörten die chinesischen Schanzen bei Canton und vernagelten 127 Geschütze. Sie waren im Begriff, die Stadt anzugreifen, als diese sich unterwarf. Die Engländer verlangen freien Zutritt in die Stadt, einen besondern Ankerplatz, eine Fläche von 40 Morgen und Wegschaffung der Zollgebäude aus der Nähe der Faktoreien. Die chinesische Volkswuth ist groß, aber die Engländer setzen Alles durch.

— Die Kölnische Zeitung, die Karlsruher Zeitung, und noch drei andere Blätter sind in Baiern von der Nachcensur befreit worden. Dagegen ist in Oesterreich die Preussische Staatszeitung verboten von wegen der Landtagsverhandlungen.

— Deutsche Bergleute sind in Neuholland und in diesen Tagen geht Dr. Brube mit 10 Bergleuten nach Adelaide ab. Die Berge dort sollen reich an Erzen aller Metalle sein, und die deutschen Bergleute werden sie kunstmäßig ausbeuten — für die Engländer.

— Nach der Kölnischen Zeitung ist im Schlosse zu Kopenhagen ein Mann, angeblich ein Holsteiner, verhaftet worden, der mit Dolch und Pistolen bewaffnet, in das Zimmer des Königs dringen wollte.

Unter Verantwortlichkeit der Verlagsbandlung.

Ankündigung.

Mit dem 1. Juli beginnt ein neues Abonnement bei der Post für die zweite Hälfte des Jahres. Um keine Unterbrechung in der Zusendung der Rundschau zu erfahren, ist es rathsam, die Bestellung bei Zeiten zu erneuern.

Die Rundschau kostet, durch die Post oder den Buchhandel bezogen, für das halbe Jahr nur Einen Gulden 24 kr. im ganzen Umfange des Großherzogthums Baden; auswärts erhöht sich der Preis um den Aufschlag der verschiedenen Posten.

Man bestellt bei der nächstgelegenen Postanstalt; außerdem in Karlsruhe bei Malsch und Vogel, Adlerstraße Nr. 19, Heidelberg bei Fabel, Mannheim bei Heinrich Hoff, Rastadt bei W. Hanemann. Die genannten Buchhandlungen nehmen auch Briefe und Anzeigen für die Rundschau an. Die Anzeigen werden mit 3 kr. die Zeile berechnet.